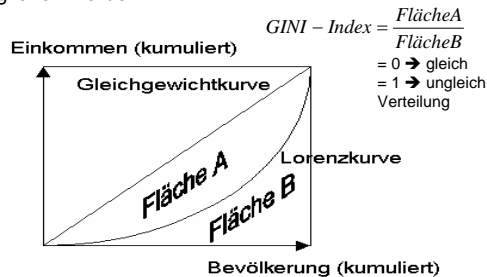


1. Grundlagen

Die **Beschäftigungsschwelle** ist die Grenze, an der ein BIP-Wachstum nicht mehr durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden kann, sondern zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.
 $BIP' = BIP'_{je\ Erwerbstätiger} * Erwerbstätige$

Die **Lorenzkurve** wird zur Veranschaulichung der Einkommensverteilung in der Bevölkerung eines Landes genutzt. Je näher sie der Gleichgewichtskurve kommt, desto gerechter sind die Einkommen verteilt. Mit Hilfe des Gini-Index wird die Abweichung gemessen. Dadurch können verschiedene Länder verglichen werden



Wirtschaftswachstum

quantitativ → Wachstum der Gütermenge
 qualitativ → Verbesserung der Lebensqualität

Staatsquote

Anteil der Staatsausgaben am BIP, in Deutschland beträgt sie ca. 50%.

Defizitquote

Höhe des Budgetdefizits in % des BIP (Nettoneuverschuldung)

Schuldenquote

Höhe der Staatsverschuldung in % des BIP

Ziel-Mittel-System (Wirtschaftspolitik)

Beispiel: Ziel: Bessere Umwelt
 Mittel: Ökosteuer

2. Time-Lags und Ökonomische Indikatoren

Ökonomische Indikatoren

(Voraussetzung ist das Führen von Statistiken)

Arten:

- nominal (in laufenden Preisen)
- real (preis bereinigt)
- monetär (Geldströme)

Ausprägung

- Einzelgrößen (z.B. Staatsverbrauch in Mrd.€)
- Relationen (z.B. M1-Multiplikator der Geldbasis)
- Veränderungsgrößen (z.B. Anstieg des Preisindex)
- Durchschnittsgrößen (z.B.: Volkseinkommen / Kopf)
- Indexgrößen (z.B. Handelsblatt-Frühindikator)
- Quoten (z.B. Staatsquote)

Zeitlicher Bezug

- leading indicators (Indikatoren mit Vorlauf)
- coincident indicators (parallel zur Konjunktur)
- lagging indicators (mit Verzögerungen)

Time-Lags können zwischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und deren Wirkung aufklaffen.

Crowding-Out-Effekt

Verdrängung privater Investitionen durch eine hohe Schuldenquote. → Damit der Staat viel investieren kann muss er Geld aufnehmen, durch seine Nachfrage steigt der Zins, diese schreckt private Investoren ab, die Wirtschaft schwächt sich ab, daher muss der Staat mehr Schulden machen

Ökonomische Grundauffassung

nach Art des Eigentums über Produktionsmittel

- privat-wirtschaftlich: Privateigentum
- sozialistisch: Gesellschaftseigentum
- staatssozialistisch: Staatseigentum

nach Art der Planung und Lenkung

- Marktwirtschaft: dezentrale Planung & Lenkung
- Zentrale Planwirtschaft: Zentrale Planung & Lenkung

Zusammenhang zwischen

- Defizitquote und Inflationsquote

Steigende Staatsausgaben, bei gleichen Staatseinnahmen, werden durch Kredite finanziert
 → Crowding-Out-Effekt

- Staatsquote und Arbeitslosenquote

Je mehr der Staat investiert, desto weniger investiert die Privatwirtschaft

→ Produktivität sinkt → Arbeitsplatzabbau

- Inflation und Arbeitslosenquote

Bei hoher Inflation greift die Zentralbank ein

→ Investitionen werden unattraktiver → Kapazitäten werden nicht ausgebaut → Beschäftigung sinkt (modifizierte Phillipskurve)

Auswirkung der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durch

- a) Senken der Ausgaben bei gleichen Einnahmen
- b) Steigen der Einnahmen bei gleichen Ausgaben

Vier mögliche Auswirkungen

1. Die natürliche Wachstumsrate ändert sich nicht (Prämisse: Rückgang der makroökonomischen Nachfrage)

sinkende Staatsausgaben führen zu einem Crowding-In-Effekt und zu stärkerer Auslandsnachfrage

2. Die Langfristige Wachstumsrate sinkt

(Prämissen: Steuererhöhung zur Erhöhung der Einnahmen; Rückgang der Infrastruktur-Investitionen des Staates: gleich bleibende Staatsquote)

→ Rückgang der privaten Investitionen

3. Die Langfristige Wachstumsrate steigt

(Prämissen: Kürzung der Staatsausgaben; Senkung der verzerrenden Steuern und Abgaben)

→ Crowding-In-Effekt

4. Die langfristige Wachstumsrate steigt

(Prämisse: positive Erwartungen der Finanzmärkte) positive Finanzmärkte können einen Wachstumsimpuls auslösen

Defizitquote + → Staatsausgaben + → Nachfrage + → Investitionen - → Angebot - → Demad-Pull Inflation

Staatsquote + → Crowding Out → ALQ + → Transferleistungen + → Staatsquote + → Abgaben/Steuern + ALQ + → BIP - → Staatsquote +

3. Wirtschaftssysteme

Bestandteile Wirtschaftssystemen

- Wirtschaftsordnung (Eigentums- und Verfügungsrecht, Arbeits-, Sozial- und Wettbewerbsordnung, Art und Weisen der Marktbeeinflussung)
- Ressourcen (Boden, Bodenschätze, Bildung, Arbeitskräfte, Wissen)

Ökonomische Grundauffassungen

Es wird unterschieden nach:

1. Art des Eigentums über Produktionsmittel
2. Art der Planung und Lenkung

reine- / misch- / reine-Form

Ideologin: Liberalismus / Kommunismus

Prinzip: Individualismus / Sozialismus

Wirtschaftsordnung: Marktwirtschaft / Planwirtschaft

Staatstätigkeit: wenig / Interventionen / totalitär

Unterschiedsmerkmale gelenkten Marktwirtschaft

- Struktur der Wirtschaft (was/wie wird produziert)
- Ordnungspolitische Rahmenbedingungen
- Sozialsysteme, Abgaben, Steuern, Arbeitsmarkt, Intensität und Dichte der Regulierungen
- Sektoren und Größe der „non-market economics“
→ von Staat direkt oder indirekt gelenkte Wirtschaftszweigen (Schornsteinfeger, Renten)
- Staatliche Monopole und Beteiligungen
- natürliche Monopole
- Grad der sozialen Sicherung
- Intensität der Prozesssteuerung
→ Grad der Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe

Marktarten nach Marktzutrittsbarrieren

Beschränkungen gegenüber inländischen Anbietern

- closed shop Prinzip: abgeschottete Märkte
 - z.B.: Nur Verbandsmitglieder dürfen diese betreten
→ Kartellähnliche Zustände
 - administrative Marktzugangsbeschränkung: der Staat vergibt Lizenzen, z.B.: Rechtsanwälte
 - staatliche Monopole: verbot für private Anbieter
 - präventiver Kapitalbedarf: bei hohem Kapitalbedarf
- Beschränkung gegenüber ausländischen Anbietern*
- tarifäre Handelshemmnisse (z.B. Zölle)
 - nicht tarifäre Handelshemmnisse (z.B. Importquoten)
 - Importverbote

4. Formen der Wirtschaftspolitik

Sektorale Wirtschaftspolitik

Beeinflussung von Wachstum und Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige.

Ziele sind: Erhaltung, Anpassung und Gestaltung (sektorale Wirtschaftsstruktur)

Funktionale Wirtschaftspolitik

bezieht sich auf die Bereiche des wirtschaftlichen Lebens.

Ziele sind: Beschäftigung, Inflation, Wachstum, Verteilung

Arten der Wirtschaftspolitik

Stabilitätspolitik

Ziele sind:

- Wachstumsgleichgewicht
- Stabilität des Preisniveaus
- hoher Beschäftigungsgrad
- Budget-Gleichgewicht
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

→ ausgeglichener Leistungsbilanz-Saldo

Leistungsbilanz:

Handelbilanz, Dienstleistungsbilanz, Transferbilanz, Einkommens- und Vermögensbilanz

(Saldo > 3% vom nominalen BIP

→ nicht ausgeglichen / mehr Importe als Exporte)

Anpassungspolitik

Ziel: Beschleunigung des sektoralen Strukturwandels; Anpassen an strukturelle Veränderungen, der regional Disparitäten (Abweichungen des Lebensstandards), an die internationale Infrastruktur (Verkehr, Energie, IT und Finanzen)

Gestaltungspolitik

Gestaltung der: Wirtschaftsstruktur, Infrastruktur, Exportstruktur

5. Ordnungspolitik

Die Ordnungspolitik gestaltet die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Ordnungspolitische Prinzipien

1. Schaffung von Leistungsanreizen
2. Sicherung ein funktionsfähigen Wettbewerbes
3. Privatwirtschaftliche Autonomie
4. Vertragsfreiheit
5. Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit
6. Freiheit der Berufwahl und des Arbeitsplatzes
7. Konsumentensouveränität
8. offene Märkte
9. Preisniveaustabilität
10. Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen
11. soziale Sicherheit
12. Umweltschutz

6. Prozesspolitik

Die Prozesspolitik beeinflusst die Wirtschaftsprozess, unter Einbehaltung der Rahmenbedingungen, direkt,

Ausprägungsformen:

- a) Regelgebundene Prozesspolitik
→ Es sind Regeln vorgegeben

Ausprägungsformen

- automatisch Stabilisatoren wie z.B.: progressive Steuersätze, soziale Transfers
- Formel-Flexibilität

Qualitative Verknüpfungen von Indikatoren und Instrumenteneinsatz durch Funktionsgleichungen
z.B.: Taylor-Regel für Geldpolitik

1. Wenn die tatsächliche Inflationsrate 1% über der angestrebten Inflationsrate ist, dann muss eine Leitzinserhöhung um 1,5% erfolgen.

(2. und 3. Regel)

- b) Diskretionäre Prozesspolitik

→ Es findet eine Fallweise Entscheidung statt, daher gibt es die Gefahr der längeren Time Lags

7. Subventionen

Subventionen sind Transferleistungen des Staates als politisches Mittel der Wirtschaftspolitik zur Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur. (ohne direkte Gegenleistung). Da durch Subventionen der Wettbewerb verzerrt wird, sind diese Ordnungspoli. bedenklich.

Subventionsgeber

Gemeinschaftliche Subventionen

→ von einer Gemeinschaft (z.B. Europäische Union)

Einzelstaatliche Subventionen

→ Von nur einem Staat gegeben

Förderziel

- Erhaltungssubvention
- Anpassungssubventionen (Strukturwandel)
- Gestaltungs- und Innovationssubvention zur Förderung von Wissenschaft und Technik

Formen der Förderung

- Indirekte Subvention durch Steuererleichterung, Importkontingente, staatlich festgelegte Preise
- direkte Subvention durch liquide Mittel

Kreis der Subventionen

- Globale Subvention: werden ohne Rücksicht auf Unterschiede innerhalb eines Sektors gewährt
- Gezielte / Selektive Subvention: für bestimmte Wirtschaftsbereiche (Sektoren) oder bestimmte Unternehmen und Regionen.

Beurteilung als wirtschaftspolitische Maßnahme

- + Förderung des Strukturwandels
- + Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
- + positive Beschäftigungsauswirkung (kurzfristig)
- + Ausgleich instabiler internationaler Bedingungen
- + Ausgleich Staatlicher Abgabelast
- + Abbau eines Leistungsbilanzdefizits
- Diskriminierung von Drittländern
- fehlender Leistungsanreiz
- Wettbewerbsverzerrung
- Verfälschung von Markteintritts und -austrittsbarrieren
- Fehlallokation von Ressourcen
- auf Dauer sinkender Beschäftigungsgrad
- hoher Verwaltungsaufwand für den Staat
- Hemmung von nötigen Strukturwandeln
- Behinderung von effizienten Technologien
- Investitionen nur aufgrund von Subventionen

8. Träger der Wirtschaftspolitik

Träger der Wirtschaftspolitik sind alle Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen, die aufgrund ihrer Kompetenz und Ihrer politischen Macht wirtschaftliche Ziele definieren und direkt oder indirekt Maßnahmen zu deren Erreichung ergreifen können.

Man unterscheidet:

- Träger mit Entscheidungskompetenz
- Träger ohne Entscheidungskompetenz
- Träger mit Doppelfunktionen

Entscheidungssträger

- supranationale Organisationen (mit Entscheidungsbefugnissen)
- internationale Organisationen (mit bindenden Abkommen aber ohne Entscheidungsbefugnissen)
- nationale Organisationen (Regierungen)

Träger mit Doppelfunktionen

- (Entscheidungsbefugnisse in bestimmten Bereichen)
- Kammern und Tarifpartner

Einflusssträger (ohne Befugnisse)

- Lobbyisten
- Berufsverbände
- Wirtschaftsverbände
- Parteien

9. Ziele der Wirtschaftspolitik

Unter wirtschaftspolitischen Zielen versteht man erstrebte Endzustände von ökonomischen Größen, die innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes durch Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente erreicht werden sollen.

Wirtschaftspolitische Ziele sind:

- Preisniveaustabilität
- Verteilungsgerechtigkeit
- Vollbeschäftigung
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum
- Umweltschutz

10. Grundauffassung praktischer Umsetzung

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Supply Side Economics)

- dauerhafte Stärkung der Angebotsseite
- Verstärkung der Bruttoanlageinvestitionen
- Ordnungspolitik
- Wachstumspolitik
- langfristig angelegt
- Konsolidierung der Staatsfinanzen
- Privatisierung und Deregulierung
- dauerha. Senkung der Steuersätze (Laffer-Theorem)
- wachstumsorientierte Geldmengenerweiterung

Keynesianische Wirtschaftspolitik (Demand Management)

- antizyklische Steuerung der Nachfrage
- Stabilisierung der Nachfrage
- Prozesspolitik
- Konjunkturpolitik
- kurzfristiges anlegen
- Deficit Spending
(öffentliche Ausgaben zur Belebung des Handels)
- Staatlicher Sektor als ausgleichende Säule
- kurzfristige Änderung der Steuersätze zur Steuerung der Nachfrage
- Zinspolitik zur Steuerung der Nachfrage

Verstärkungspolitik nach Eucken

Ziel: Schaffung eines stetigen, inflationsfreien und befriedigenden Wirtschaftswachstums durch:

- klare, zuverlässige und kalkulierbare Rahmenbedingungen
- Schaffung von Vertrauen in die Wirtschaft
- widerspruchsfreie Ordnungspolitik

mit der Folge, dass

- Erwartungen der Wirtschaftssubjekte stabilisiert werden
- Investitionsneigungen stabilisiert werden
- Prozesspolitik grundsätzlich überflüssig wird

1. Grundlagen der Wirtschaftspolitik

Mikroökonomie

- Haushaltstheorie (Güternachfrage der Haushalte)
- Produktionstheorie (Angebotsverhalten der Industrie)
- Theorie der Marktpreisbildung (Markt und Preistheorie)

Makroökonomie

- Kreislaufschema der Volkswirtschaft
- ex post / ex ante Analysen der aggressiven Märkte (Preisbildung)

zentrale Annahme:

vollkommene Märkte, oder modelltypische Vereinfachungen

Die **Wirtschaftspolitik** versucht zwischen Theorie und Praxis Brücken zu schlagen.

Ziel der Wirtschaftspolitik

- Wohlstandsmaximierung
- Selbststeuerung mit Staatlicher Ordnungsfunktion
- Allokation (Wettbewerb, Staatliche Versorgung mit Gütern, Umweltschutz)
- Distribution (Einkommen, Vermögen, Förderung von Schwachen, Wohlstandsangleichung)
- Stabilität und Wachstum (Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, Außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Wirtschaftswachstum)

Instrumente einer rationalen Wirtschaftspolitik

- Geldpolitik (Offenmarkt, Rediskont, Mindestreserve)
- Finanzpolitik (Steuern, Subventionen, Fiskalpolitik)
- Außenwirtschaftspolitik (Zölle, Wechselkurse)
- Einkommen- / Vermögenspolitik (Lohnpolitik)
- Umweltpolitik

Wirtschaftssysteme

- Zentralverwaltungswirtschaft (staatl. Koordination)
- Marktwirtschaft (kapitalistische Wirtschaftsordnung)

Die **Ordnungspolitik** beschreibt die Grundlegenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen zur Strukturierung bzw. „Ordnung“ des Wirtschaftssystems mittels rechtlich-organisatorischer Normen (längerfristig angelegt)

- Träger der Ordnungspolitik ist die Legislative (Bundestag, Länderparlament)
- Bsp. Gewerbefreiheit, Freiheit der Berufswahl, Freiheit des Wohnortes, Wettbewerbsrecht
- Fusionskontrolle...

Die **Prozess- und Stabilitätspolitik** umfasst alle wirtschaftlichen Entscheidungen, die bei gegebener Wirtschaftsordnung konkrete konjunkturpolitischen oder verteidigungspolitischen Auswirkungen zum Ziel haben

- Träger der Prozesspolitik: Regierung, Bundesbank bzw. Europäische Zentralbank
- kurz bzw. mittelfristige Dauer

Die **Struktur-, Wachstumspolitik** richtet sich auf längerfristige Entwicklung des Produktionspotentials (branchen- oder regionenbezogen) mit dem Ziel:

- die sektorale und regionale Wirtschaftsstruktur zu beeinflussen
- Träger der Strukturpolitik: Bundes- bzw. Landesregierung und die EU-Kommission

Instrumente der Wirtschaftspolitik (makroökonomisch)

Geldpolitik, Finanzpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Einkommens/Vermögenspolitik, und Umweltpolitik

Konjunkturelle Schwankungen

exogene Ursachen:
technischer Fortschritt, Innovationen, Naturkatastrophen, Rohstoffkrisen, politische Gründe

endogene Ursachen:
Konjunkturzyklen des normalen Wirtschaftsablaufes, Investitionsverhalten, Unterkonsum

Geschichtliche Entwicklung der Wirtschaftspolitik

Im Mittelalter gab es den **Feudalismus** (die Macht lag beim Adel), danach bildete sich der **Merkantilismus** (Bürgertum, Beamte und Wirtschaftspolitik zur Lenkung der Wirtschaftsproduktivität). Der Merkantilismus rief mit der Zeit Unzufriedenheit beim städtischen Bürgertum hervor, die nicht die Möglichkeit hatten, ihren Handel auszuweiten. In der Folge entwickelten sich die **Wirtschafts-Liberalisten (Zeitalter der klassischen Ökonomen um Adam Smith - 1776)**. Diese beschrieben das Streben nach der Nutzenmaximierung der einzelnen Person, als Antrieb des ökonomischen Handel und dem Wohlstand der Gesellschaft. Hierzu entwickelten sie die Theorie der „unsichtbare Hand“ als ein Modell, welches die Preismechanismen erklärt. Außerdem forderten sie die Zurückhaltung des Staats und das privatrechtliche Eigentum. Um 1870 gab es eine **Aufspaltung in Klassiker und Neoklassiker**, während die Klassiker den Staat in bestimmten Rollen, wie Bildung, Recht, Gesundheit, Infrastruktur, sahen und soziale Prinzipien als Ziel verfolgten, waren die Neoklassiker extremer in ihren Ansichten. Soziale Prinzipien sahen sie nicht als Aufgabe der Wirtschaftspolitik, sie glaubten, dass der Markt alle Probleme lösen kann und der Staat nur in der Rolle des Aufpassers des Marktgeschehens angieren sollte. Durch die **Weltwirtschaftskrise** entstand eine neue Richtung, der **Keynesianismus**. Durch Überinvestitionen und Liquidationsknappheit versagten die alten Wirtschaftstheorien in den frühen Jahren des 20sten Jahrhunderts. Daher forderte der Keynesianismus die antizyklische Fiskalpolitik. Hat der Staat aber keine ausreichenden Reserven, so muss er sich in schwachen Zeiten verschulden. In Deutschland gibt es die soziale Marktwirtschaft (Ordoliberalismus) die nach einer systematischen Wirtschaftspolitik verlangt, die den freie Handeln ermöglicht aber gleichzeitig soziale Verantwortung zeigt. **Klassiker des 20. Jahrhunderts sind die Liberalisten und die Monetaristen** und fordern die strikte zurückhaltung des Staates.

2. Einkommensverteilung in der Marktwirtschaft

Ziele und Kriterien der Verteilungspolitik

Ziel ist die gerechte bzw. soziale Einkommensverteilung, hierzu bedient man sich der Instrumente der Entlohnung und öffentliche Finanzpolitik. Es kann Leistung- oder Bedarfsgerecht verteilt werden.

Berechnung des Volkseinkommens

1. Entstehungsseite: $Y = L + Pa + Z + G = 100$
2. Verteilungsseite: $Y = L + Pa + Z + G = 100$
3. Aufteilungsseite: $Y = C + S = 100$
4. Verwendungsseite: $Y = C + I = 100$

(Y=Einkommen, L=Lohn, Pa=Pacht, Z=Zins)

Die **primäre Einkommensverteilung** ist die Marktentlohnung einer Periode vor der staatlichen Umverteilung.

Die **sekundäre Einkommensverteilung** ist das Ergebnis staatlicher Umverteilungen.

Die **funktionale Einkommensverteilung** ist die Verteilung nach Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital)

Die **Personale Einkommensverteilung** ist die Verteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Haushalte / Personen.

Nationales Produktionskonto		
Abschreibungen	Privater Konsum (ca. 55%)	Bruttonational Einkommen (3.679 Mrd. DM)
Indirekte Steuern minus Subventionen		
Volkseinkommen = Wertschöpfung der Inländer (Nettosozial-produkt zu Faktorpreisen)	Staatlicher Konsum (ca. 19%)	
	Bruttoinvestition (privat und staatlich) (ca. 23%)	
	Export minus Import (Außenbeitrag) (ca. 1,6%)	

Entstehung des
Bruttonational
Einkommens

Verwendung des Bruttonationaleinkommens

Die **Lohnquote** ist der Anteil des Lohnes am gesamten Einkommen einer Volkswirtschaft:

$$Lq = L/Y$$

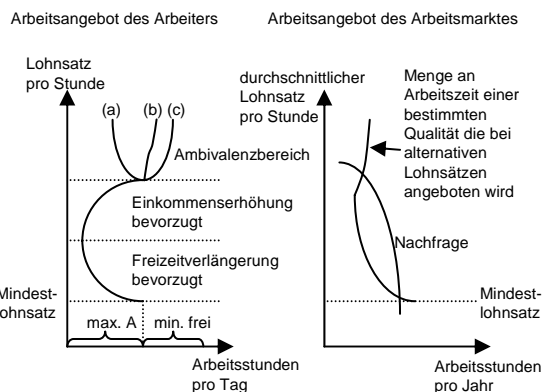
Bei der **bereinigten Lohnquote** geht man von der Lohnquote pro Kopf aus. Im Aufschwung sinkt die Quote da die Gewinne eher bei den Unternehmen bleiben, im Abschwung umgekehrt.

Die **sektorale Einkommensverteilung** gibt Ausschluss über die wirtschaftliche Position bestimmter Branchen, die **regionale Einkommensverteilung** über die Verteilung auf bestimmte Länder/Regionen.

Faktormarkt Arbeit

Das Einkommen aus Arbeit nennt man Lohn, das Lohnneinkommen richtet sich nach der geleisteten Arbeitszeit und dem Gleichgewichtslohnsatz/H

Bestimmung des Gleichgewichtslohnsatzes



Das **„eherne“ Lohngesetz** sagt, dass der Lohn am Existenzminimum angleicht.

Der Faktor Grund und Boden

- Das Einkommen aus Boden ist die Pacht
- Das Bodenangebot ist begrenzt

Der Faktor Zins

- Entgelt für Zeitweise Überlassung von Geldkapital

Grundprinzipien der sozialen Sicherung

- Eigenvorsorge nach dem Individualprinzip
- kollektive Vorsorge nach dem Sozialprinzip

Gestaltungsprinzipien der sozialen Sicherung

- Versicherungsprinzip (freiwillig und gesetzlich)
- Versorgungsprinzip (bei genereller Bedürftigkeit)
- Fürsorgeprinzip (wenn keiner aufkommt muss die Gemeinschaft helfen z.B. Sozialhilfe)

Sozialtransfer in der BRD: Rente

- Lohnersatzfunktion und sind abhängig von den geleisteten Beiträge (Äquivalenzprinzip)
- Umlageverfahren (Arbeiter zahlen für Rentner) (Gegensatz: Kapitalstockverfahren)
- Rentenversicherungspflicht

Sozialtransfer in der BRD: gesetz. Krankenkasse

- Schutz gegen finanzielle Risiken einer Krankheit
- Finanzierung nach Umlageverfahren (Beiträge)
- Leistung: Behandlungskosten, Lohnersatz
- Ergänzung durch Pflegeversicherung

Sozialtransfer in der BRD: Arbeitslosenhilfe

- Arbeitslosengeld nach Beitragszahlung
- Arbeitslosenhilfe bei Bedürftigkeit
- Reform: Zumutbarkeitsklausel

Weitere Transferzahlungen

Sozialhilfe, Wohngeld, Erziehungsgeld, Kindergeld, BAFöG

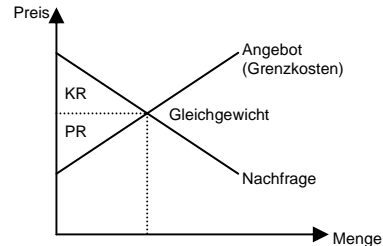
Ziele der Steuer und Finanzpolitik

- Allokationsziele (Anpassung des Angebotes an die Nachfrage)
- Konjunkturziele (Stabilisierungspolitik)
- Wachstumsziele (angemessenes Wachstum)
- Distributionsziele (Verteilung von Einkommen und Vermögen)
- Umweltpolitische Ziele (Vermeidung von Umweltschäden)

3. Markteffizienz und Marktversagen

Markteffizienz

Durch Nachfrage und Angebot kann eine effiziente Allokation der Ressourcen stattfinden.



Marktversagen bei

- öffentlichen Gütern (nicht Ausschließbarkeit und keine Rivalitäten im Konsum)
- Externalitäten (Käufe außerhalb des Marktes)
- Unvollständige Information
- Marktmacht

Das Staatbudget: Der Haushaltsplan

Der Haushaltsplan ist eine regelmäßige systematische Gegenüberstellung der geschätzten Einnahmen und der geplanten Ausgaben für eine Periode.

Er hat die Funktionen der Kontrolle, der Administrativen- und Volkswirtschaftlichenlenkung sowie die Funktion der politischen Programms.

Er sollte vor der Periode gemacht werden, klar und genau beschrieben sein. Einnahmen sollten nicht an Ausgaben gebunden sein und er sollte ausgeglichen sein.

Externe Effekte aus den Koordinationsmechanismus (Umweltschutz)

Am Markt wird der Preis durch Angebot und Nachfrage erzielt. Verursacht ein Produzent Umweltverschmutzung (externe Effekt, nicht an diesem Markt auftretend), die ein Dritter (ohne Gegenleistung) zu tragen hat, hat der Produzent einen Vorteil.

An dieser Stelle müsste ein Preis für Verschmutzung festgestellt werden, der vom Verursacher bezahlt wird und an den Geschädigt ausgezahlt wird.

4. Wettbewerbspolitik und Industrieökonomie

Kennzeichen eines „funktionsfähigen“

Wettbewerbes

- Verteilung von Markteinkommen
- Erstellung und Verteilung des Güterangebotes entsprechend den Präferenzen der Nachfrager
- Lenkung der Produktionsfaktoren in ihre jeweils produktivste Verwendung (statische Effizienzeigenschaft)
- Anpassung der Produktion an sich ändernde Rahmenbedingungen (dynamische Effizienzeigenschaft)
- Förderung des technischen Fortschrittes (dynamische Effizienz)
- Freiheitsfunktion des Wettbewerbes

Marktstrukturen nach Anzahl der Teilnehmer

Polypol, Oligopol, Monopol

Wettbewerbspolitische Leitbilder:

1. Klassik

- Wettbewerb führt zu Wohlstand
- Marktmacht bewirkt Wohlstandseinbusen
- keine staatliche Monopolverteilung
- Innovationen bedeuten Marktmacht

Wettbewerbspolitische Leitbilder:

2. Vollständigen Konkurrenz

Annahmen

1. Gegebene Ressourcenausstattung
2. Konstante Produktionstechnik
3. Gegebene und konstante Präferenzen
4. Formale Freiheit der Wahl zwischen Alternativen
5. Homogenität der Güter
6. Atomistische Marktstrukturen
7. Vollständige Marktstrukturen
8. Unbegrenzte Mobilität
9. Unbegrenzte Teilbarkeit
10. Unendliche Reaktionsgeschwindigkeit
11. Keine unfreiwilligen Austauschaktionen

Ergebnis:

- Im Gleichgewichtspreis ist der Preis gleich den Grenzkosten
- Der Anbieter ist Preisnehmer und Mengenanpasser (Abwesenheit von Marktmacht)
- Vollständige Konkurrenz ist statisch effizient. (wohlstandökonomische Marginalbedingungen sind erfüllt)
- Abweichungen vom Modell der vollständigen Konkurrenz führen zu Mengeneinbußen

Kritik

- Annahmen des Modells sind realitätsfremd
- implizierte Gefahr der ständigen Marktinterventionen
- bei Berücksichtigung mindestoptimaler Betriebsgrößen nur beschränkte Anzahl an Anbietern (z.B. Autoindustrie) → atomistische Marktstruktur kein geeigneter Referenzstandard

Wettbewerbspolitische Leitbilder:

3. Theorie der bestreitbaren (anfechtbaren) Märkte (Contestable Markets)

Bendigungen

- Markteintritt und Marktaustritt sind frei und kostenlos
- Potentielle Konkurrenten reagieren auf Gewinnmöglichkeiten mit sofortigem Marktzutritt
- Es gibt keine Informations- oder Transaktionskosten

Ergebnis

- „hit and run“-Konkurrenz
- bei mindestens zwei Anbietern wird $P=GK$ erreicht
- Anzahl und Größe der Anbieter ist vom Ausmaß optimaler Betriebsgrößen abhängig
- Abweichung von dieser Theorie sind auf Marktzutrittsschranken zurück zu führen

Wettbewerbspolitische Grundaussage

1. Um Ausbeutung bei Konzentrationen zu verhindern, reicht eine stark ausgeprägte potentielle Konkurrenz
2. Die Bestreitbarkeit der Märkte hängt ab von:
 - Höhe der Marktzutrittsinvestitionen
 - Know-how und Zugang zu den Absatz bzw. Beschaffungsmärkten
 - der Reaktionszeit der Anbieter

Wettbewerbspolitische Empfehlungen

- Konzentration dann bedenklich, wenn der Markt nicht oder nur schwer bestreitbar ist. Es kommt auf die potentielle Konkurrenz an!
- Nicht gerechtfertigte Marktzugangsbeschränkungen sind abzubauen
- Unter Umständen kann die Förderung des Marktzutrittes neuer Anbieter eine geeignete politische Strategie zur Eindämmung von Marktmacht sein

Wettbewerbspolitische Leitbilder:

4. Marktstrukturansatz (Workable Competition / funktionsfähiger Wettbewerb)

Grundlegende Kennzeichen:

- Ablehnung des Modells der vollständigen Konkurrenz
- Suche nach Marktstrukturbedingung, unter denen der Wettbewerb zu dynamisch wie statisch effizienten Ergebnissen führt
- Betonung der Bedeutung von Unternehmensgröße und Marktkonzentration für die Innovationsleistung eines Marktes
- Als wesentlicher Weg zur Auffindung eines geeigneten Referenzmaßstabes sollen empirische Untersuchungen dienen

Grundlegender Aufbau:

Marktstruktur

- Zahl der Marktteilnehmer
- Grad der Produkthomogenität

Marktverhalten

- Art und Häufigkeit des Einsatzes der Aktionsparameter: Preis-Rabatte, Menge, Konditionen

Marktergebnis:

- Preis, Gewinnhöhe
- Qualität, technischer Fortschritt

Grundaussage:

- Es besteht hinreichend eindeutige Zusammenhänge zwischen Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnis
- Die Politik sollte versuche, ein bestimmtes Marktergebnis durch geeignetes Einwirken auf die Marktstruktur zu erzeugen.

Wettbewerbspolitische Leitbilder:

5. Marktverhaltensansatz

Grundlegende Kennzeichen

- Betonung des Wettbewerbes als Entdeckungsverfahren
- Betonung von Entschließungs- und Handlungsfreiheit im Wettbewerb
- Voraussetzung eines „spirit of competition“

Konzept der Wettbewerbsfreiheit

→ Wettbewerbspolitische Empfehlungen

- Es soll kein bestimmtes Verfahren positiv vorgeschrieben werden. Betonung des Wettbewerbes als Entdeckungsverfahren
- Ansatzpunkt: Unterscheidung zwischen Marktleistungsbedingungen (→ notwendig für die Funktionalität des Wettbewerbes) und nicht Marktleistungsbedingten Wettbewerbsbeschränkungen (→ Wettbewerbspolitik)
- „per-se“ Verbot von willkürlich, nicht Leistungsbedingten Wettbewerbsbeschränkung
- In „Ausnahmebereichen“ kein Wettbewerb möglich

**Wettbewerbspolitische Leitbilder:
6. Chicago School**

Grundlegende Kennzeichen und Aussagen

- Sozialdarwinistisches Verständnis von Marktprozessen „survival of the fittest“.
- Staat soll lediglich Basis-Schutzfunktionen wahrnehmen. (Minimalstaat)
- Vertrauen in die langfristige Wirksamkeit und Effizienz des Marktmechanismus.
- Marktkonzentration ist Ausdruck von Effizienz
- Marktzutrittsbeschränkungen sind ohne Bedeutung, wenn inländische Anbieter durch ausländische Konkurrenz diszipliniert werden

Wettbewerbspolitische Empfehlung

- Weitgehende Abschaffung von Ausnahmereichen bzw. von staatlichen Marktzutrittsbeschränkungen
- Problematisch sind allenfalls horizontale Preis und Gebietsabsprachen (Kartelle), Megafusionen sowie eventuell auch Dumping.

**Wettbewerbspolitische Leitbilder:
7. Konzept der Gegengewichteten Marktmacht**

Grundaussage

Ist auf einem Markt nur eine beschränkende Anzahl von Akteuren vorhanden, die über Marktmacht verfügen, so kann der Gefahr der Ausbeutung durch Schaffung entsprechender Gegenmacht auf der jeweils anderen Marktseite entgegengewirkt werden.

Kritik

Das Gegenmächtsprinzip kann nicht auf allen Märkten zur Geltung kommen; es versagt dann, wenn wirtschaftspolitische Interessen nicht oder nur schwer organisierbar sind (z.B. Konsumenteninteressen).

**Wettbewerbspolitische Leitbilder:
Schlussfolgerung**

- Modell der vollständigen Konkurrenz und Theorie bestreitbarer Märkte als Referenzmaßstab zur Beurteilung des Wettbewerbs fragwürdig; aber eventuell „Leitstern-Funktion“
- Es kommt nicht nur auf die Konkurrenz durch Marktteilnehmer, sondern auch auf die potentielle Konkurrenz an.
- Vermeidbare nicht-leistungsbedingte Wettbewerbsbeschränkungen sind zu beseitigen
- Ein bestimmtes Maß an Unternehmensgröße bzw. Angebotskonzentration kann in statischer und/oder dynamischer Hinsicht effizient und mit funktionsfähigem Wettbewerb vereinbar sein.
- Schaffung gegengewichteter Marktmacht kann in Teilbereichen sinnvoll sein, nicht jedoch als allgemeine Strategie.

Mögliche Gefährdung des Wettbewerbs

- midest-optimal Betrieb- bzw. Unternehmensgröße (Kostenfunktion, Einsparpotential) → beschränkt die Anzahl der Anbieter (z.B. Autoindustrie)
- Innovationsvorsprünge führen zu dynamischen Marktschranken (Lernkurve, neue Produkte)
- Marktzutrittsbeschränkung (Notare, Ärzte, Energieerzeuger)

Mögliche Wirkung von Marktmacht

- Ausbeutung der Marktgegenseite durch überhöhte Preise, Preisdifferenzierung, Preisbindung...
- niedrige Effizienz bzw. schlechte Qualität der Leistung
- U.U. Fehlallokation durch geringe Faktornachfrage
- Behinderung der Potentiellen Konkurrenz
- Verminderung oder Steigerung der Innovationsleistung?
- U.U. Einflussnahme mächtiger Unternehmen auf politische Entscheidungen (rent seeking)

Wettbewerbsgefährdende Marktstrukturen

- Horizontale Unternehmenskonzentration, d.h. die Konzentration auf dem betreffenden Markt (Anbieter-Nachfragerkonzentration)
- Vertikale Unternehmenskonzentration, d.h. Konzentration über verschiedene vor- und nachgelagerte Produktionsstufen und Märkte.
- Konglomerate (diagonal) Unternehmenskonzentration mehrerer produktions- und marktmäßig nicht oder nur peripher miteinander in Beziehung stehender Unternehmen.

Schritte bei der praktischen Bestimmung der Konzentration.

- Abgrenzung des relevanten Marktes (sachlich, räumlich, zeitlich)
- Bestimmung der Konzentrationsmerkmalsträger (z.B.: Betrieb, Unternehmen, Konzern)
- Bestimmung des jeweiligen Merkmalsbeitrages (z.B.: Beschäftigte, Umsatz)
- Ermittlung des jeweiligen Merkmalsbeitrages der Merkmalsträger (z.B.: Umsatzanteil je Unternehmen am Branchenumsatz)
- Quantitative Konzentrationsmaß

Mögliche Kriterien zur Abgrenzung des relevanten Marktes

Räumliche Abgrenzung / Saisonal / Tageszeit und Wochentag / Krisenzeit

EU-Definition: Der Markt ist in sachlicher Hinsicht vollständig definiert, wenn eine dauerhafte Preissenkung um 5-10% kein Substitutionsreaktion der Nachfrager induziert. Ist eine Substitution durch andere Güter so stark ausgeprägt, dass die Preiserhöhung durch den Absatzrückgang nicht mehr gewinnsteigernd wirkt, so sind diese anderen Güter in den relevanten Markt einzubringen.

Wettbewerbspolitik in Deutschland

Träger sind: Bundesministerium für Wirtschaft, Bundeskartellamt, Monopolkommission, Gerichte

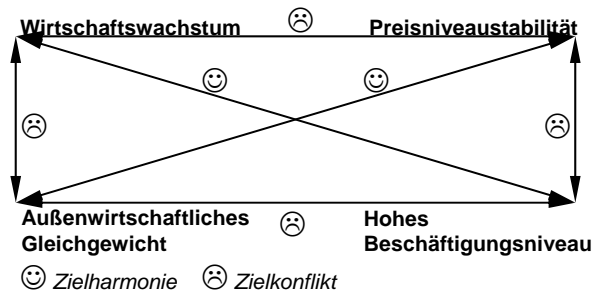
Gesetzesquellen

- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Recht gegen unlauteren Wettbewerb

Ausnahmen

Verlagserzeugnisse, Sonderregelungen

1. Das magische Viereck



2. Wirtschaftswachstum

Messung des Wirtschaftswachstums

Der Indikator des WW ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei Vollauslastung, der die Leistung einer Volkswirtschaft innerhalb eines Zeitraumes und innerhalb bestimmter Grenzen wiedergibt.

Das **nominale BIP** gibt die mit aktuellen Preisen bewerteten Gütermengen an.

Das **reale BIP** wird zu konstanten Preisen einer Basisperiode bewertet, so dass die Veränderung der produzierten Mengen in einem Abrechnungszeitraum erkennbar und Veränderungen aufgrund von reinen Preisänderungen ausgeschlossen werden.

Das BIP unterliegt jedoch immer konjunkturellen Schwankungen. Um dieses ebenfalls auszuschließen, betrachtet man das **Produktionspotential**. Das **Produktionspotential (Y)** beschreibt die in einer Volkswirtschaft vorhandenen Ressourcen. Die Ressourcen sind eher unabhängig von der Konjunktur. Inwieweit das Produktionspotential tatsächlich genutzt wird, zeigt der **Auslastungsgrad**, der nur von der Konjunkturellen Lage abhängt.

Das reale BIP setzt sich also zusammen aus dem Produkt von Produktionspotential und dem Auslastungsgrad:

$$BIP = \text{Produktionspotential} * \text{Auslastungsgrad}$$

$$Y = Y^* * \lambda$$

Möglichkeiten zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums

Das BIP kann durch eine Änderung des Auslastungs- oder des Produktionspotentials beeinflusst werden.

$$Y^* = f(\text{Arbeit, Boden, Kapital, technischen Fortschritt})$$

a) Langfristige Maßnahmen: Erhöhung des Produktionspotentials bei gleicher Auslastung

→ Quantitative Einflussgrößen (erhöhte Faktorausstattung): Erweiterungsinvestitionen ($K \uparrow$); Bevölkerungswachstum ($A \uparrow$); Erwerbsquote erhöhen ($A \uparrow$); höherer Einsatz der natürlichen Ressourcen ($B \uparrow$)

→ Qualitative Einflussfaktoren (höhere Produktivität): Bessere Ausnutzung der bestehenden Ressourcen, Investitionen in Humankapital, Optimierung von Prozess- und Verfahrensabläufen)

b) kurzfristige Maßnahmen: Erhöhung des Auslastungsgrades bei gleicher Produktivität. Durch mehr Güter wird die Nachfrage beeinflusst (Keynesianismus)

Schattenwirtschaft

Leistungen die nicht in die Wirtschaftsstatistiken einfließen (nicht im BIP) aber trotzdem zur Wertschöpfung beitragen. (1999 ca. 15% des BIP) Gründe liegen in der Steuer- und Steuer- und Abgabepolitik (incl. Sozialversicherung).

Gründe für das Wirtschaftswachstum

- steigender Wohlstand
- halten des Wohlstandsniveaus (pro Kopf BIP)
- zunehmender Beschäftigungsgrad (Wirtschaftswachstum > Beschäftigungsgrad)
- es ist leichter Zuwachs zu verteilen als Bestand

Nachteile des Wirtschaftswachstums

- Umweltbelastung steigt
- Ressourcen werden verbraucht (Energieintensität = Energieverbrauch je 1 € BIP)

Maß des Wirtschaftswachstums

Wirtschaftswachstum soll angemessen und stetig sein

Angemessen: Produktivitätssteigerung 2-5%
Stetig: Der Trend (4 Jahre) sollte positiv sein

Keynesianer

Nachfragetheorie (Marktpessimisten)

→ die nachgefragten Güter bestimmen die Konjunktur, dadurch ist die Stimmung der Bevölkerung ausschlaggebend für Zyklen. Das Ziel der Wirtschaftspolitik ist hier ein Ausgleichen der Zyklen, welches der Staat mit Fiskalpolitik erreichen will.

Neoklassiker / Monetaristen

Angebotstheorie (Marktoptimisten)

→ Say'sches Theorem: Jedes Angebot schafft sich seine eigene Nachfrage.

Der Staat verursacht mit seiner Politik Zyklen, es wird davon ausgegangen, dass die Konsumenten stabil sind. Ziel der Wirtschaftspolitik ist eine Verstetigung, der Staat soll keine Konjunkturpolitik verfolgen. Durch langfristige günstige Rahmenbedingungen soll eine Planungssicherheit erreicht werden.

Konjunkturindikatoren

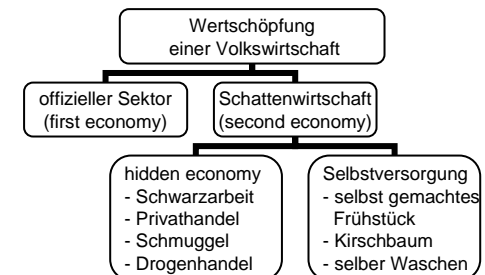
1. Leading indicators (Frühindikatoren) weich: Stimmungsindikatoren (oft sehr unzuverlässig) hart: Kreditnachfrage, Auftragszahlen, Investitionen
2. coincident indicators (Präsensindikatoren) Absatz, Produktionszahlen, Auslastung der Kapazität
3. lagging indicators (Spätindikatoren) Arbeitslosenzahlen, Konkurse

Frühindikatoren

IFO-Geschäftsklimaindex (2-3 Monate Vorlauf)

Es wird ein Mittelwert aus der Beurteilung der gegenwärtigen und der zukünftigen Lage gezogen.

Handelsblatt-Frühindikator (ca. 4 Monate Vorlauf) gewichteter Durchschnitt mehrerer Indikatoren wie: IFO-Geschäftsklimaindex, Umsätze im Einzelhandel)



3a. Preisniveaustabilität

Einflüsse auf das Preisniveau

Einflussgruppen: Notenbanken, Staat, Tarifparteien, Wettbewerbsbehörde und Kartellämter

Die **Inflationsrate** wird durch Vergleich zweier Preisniveaus bestimmt. Hierbei betrachtet man einen **Warenkorb** mit 750 Gütern.

Ein Warenkorb bringt auch folgende Probleme mit: Gewohnheiten der Konsumenten ändern sich, es werden nur Neuwaren betrachtet aber nicht Gebrauchsgüter, keine Berücksichtigung von Rabatten, der Warenkorb entsteht auf Grund von Vergan-genheitswerten.

Gründe für die Überschätzung des Preisniveaus

Die Inflationsrate wird in Deutschland ca. 0,75% und in den USA 1-2% zu hoch eingeschätzt.

Gründe für Fehleinschätzungen können sein:

1. Product Substitution Bias

Die Konsumenten substituieren teurere Güter; der Warenkorb bleibt aber gleich.

2. Quality Change Bias

Preiserhöhungen aufgrund von Qualitätssteigerungen werden nicht berücksichtigt.

3. New Product Bias

Neue Produktentwicklungen kommen zu sehr hohen Preisen auf den Markt, diese fallen anschließend relativ schnell. Da solche Produkte meist noch nicht im Warenkorb enthalten sind. Haben die Änderungen keinen Einfluss auf die Berechnung des Preisniveaus.

4. Outlet Substitution Bias

Neue Vertriebsformen (z.B. Outlets und Internet) haben einen Einfluss auf die Preise die tatsächlich vom Kunden bezahlt werden, diese müsste im Warenkorb berücksichtigt werden.

Die zu hohen Preiseinschätzungen haben Einfluss auf andere Bereiche: Zu hohe Lohnabschlüsse, Rente und Sozialhilfen steigen zu stark, das reale BIP wird falsch berechnet.

Nominal BIP: Kassenzettel werden addiert
reales BIP: Berücksichtigung des Preisindex

$$BIP_r = BIP_n / P_i$$

Arten der Inflation

- offene Inflation: schleichend bis galoppierend
- verdeckte Inflation: Geld ist da aber keine Güter (DDR), die Güter werden Rationalisiert bzw. es gibt einen Windhundeffekt (Güter werden an den schnellsten verteilt)

Der **Kassenhaltungskoeffizient** gibt Auskunft über den **Kaufkraftverlust**.

Ursachen der Inflation

Nachfrageinflation

Nachfrage nach Gütern steigt, das Angebot bleibt gleich. Der Preisanstieg ist abhängig von der Elastizität des Angebotes.

Gründe für die Rechtsverschiebung der Nachfragekurve (Demand Pull Inflation)

$$Y = C + I + Cst + Ex - Im$$

Das Einkommen (Y) steigt weil

- C – Der private Konsum steigt
- I – Investitionen steigen
- Cst – Staatskonsum steigt
- Ex – Exporte steigen
- Im – Importe sinken

Langfristig gesehen ist jede Inflation auf eine **Geldmengensteigerung** zurückzuführen. Zu Grunde liegt die Annahme, dass zumindest kurzfristig Umlaufgeschwindigkeit (V) und Sozialprodukt (Y) konstant sind. Eine Steigerung der Geldmenge hätte so unmittelbar eine Steigerung des Preisniveaus zur Folge.

$$M * V = P * Y_r$$

$$P = M * V / Y_r$$

Gründe für eine steigende Geldmenge:

- Kapital wird in Geld umgewandelt
- Kreditgewährung (Geldschöpfung der Banken)
- Einräumung von Guthaben bei der Bank

Angebotsinflation

Das Angebot sinkt, während die Nachfrage gleich bleibt. Der Preisanstieg ist abhängig von der Elastizität der Nachfrage.

Gründe für die Linksverschiebung der Angebotskurve

- Cost-Push-Inflation: Die Kosten der Produktion steigen: Lohnstückkosten, Rohstoffe, Steuern, Abgaben, importierte Inflation, weniger Subventionen
- Gewinninflation: die Margen steigen
- Angebotslückeninflation: Kurzfristige Unterversorgung des Marktes durch außergewöhnliche Ereignisse (Streik, Erdbeben...)

Wirkungen der Inflation

- Kaufverlust der Währung
- rückläufige Spareinlagen
- sinkende Produktionskapazitäten durch hohe Zinsen die eine geringere Investition verursachen
- Einkommensumverteilung
- Vermögensumverteilung
- Unsicherheit der Bevölkerung steigt
- Entstehung von Scheingewinnen bei den Unternehmen wenn Lagerhaltung betrieben wird, da Rohstoffe zu einem geringeren Preis eingekauft werden als sie beim Verkauf kalkuliert werden.
- Fehlallokation der Ressourcen: Bei Inflation wird in „stabile“ Wert wie Gold und Immobilien geflüchtet, dadurch gibt es dort ebenfalls einen Preisanstieg
- Geld verliert seine Funktion, es werden Alternativen gesucht
- Reduktion der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

3b. Preisniveaustabilität

Bekämpfung der Nachfrageinflation

- Steuererhöhungen
- Kürzung von Transferleistungen
- Streichung oder Einschränkung von Förderungen
- Senkung der Staatsnachfrage
- Beeinflussung des Wechselkurses
- Notenbankpolitik

Zwei Säulen-Strategie der EZB

1. Geldmengenstrategie (indirekte Inflationssteuerung)

→ Überhöhte Geldmenge erzeugt Inflation

Die erste Säule versucht mit dem Ziel der Geldmenge, die Preisniveaustabilität zu sichern.

Quantitätsgleichung $M \cdot V = P \cdot Yr$

→ $Wm = Wy + Wp - Wv$

(Voraussetzung konstanter Umschlagshäufigkeit V)

Problem: Die Geldmengenstrategie setzt stabile Geldnachfragefunktion voraus.

2. Direkte Inflationssteuerung

Neben der Geldmengensteuerung setzt die EZB noch auf die Beobachtung weitere Frühindikatoren der Preisentwicklung, um dann durch den Einsatz des Instrumentariums, drohende Preisgefahren, abzuwehren.

(Die zweite Säule wird durch den Einsatz von Kreditkarten immer wichtiger.)

Durch die 2. Säule wird das Verhalten der EZB unklarer, was Unsicherheiten hervorrufen kann.

Bekämpfung der Angebotsinflation

- Bekämpfung des Kostenanstiegs
- Bekämpfung der Gewinninflation
- Bekämpfung der Importierten Inflation

Deflation

Bei der Deflation sinkt das Preisniveau aufgrund einer deflatorischen Lücke oder die Volkswirtschaft ist unterversorgt mit Geld. (Nachfragekurve verschiebt sich nach links)

Ursachen:

- Sparquote steigt, privater Konsum nimmt ab
- weniger Kredite
- hoher Kapitalexport
- drastische Kürzungen der Staatsausgaben bei hoher Staatsquote, da der Staat dadurch versucht Steuerausfälle durch sinkende Nachfrage der Unternehmen und Haushalte auszugleichen

Disinflation

Verlangsamung des Preisauftriebs

Gründe sind:

- Globalisierung der Märkte führt zum Preiskampf
- schneller technischer Fortschritt
- Angebotspolitik, dadurch sinkende Kosten & Preise
- größeres Güterangebot
- geringere Ölpreisabhängigkeit

Deflation in der Weltwirtschaftskrise (1929-1932)

→ Unerwarteter, nachhaltiger Rückgang des Preisniveaus mit erheblichen Folgen für die Produktion und die Beschäftigung

Ursachen:

- überzogene Börsenspekulationen
- Behinderung des Handels durch Zölle
- Überproduktion ohne Nachfrage
- keine Geldpolitik

Wirkung:

- Güter Nachfrage sinkt, Sparrate steigt
- Investitionen der Unternehmen gehen zurück
- Steuereinnahmen sinken → mehr Staatsausgaben für Soziale Leistungen → Staat spart
- Staatsnachfrage sinkt

Auswirkung der USA auf andere Länder:

- USA war großer Kreditgeber
- In den USA wurde die Liquidität knapp, daher verlangten sie Ihre ausländischen Kredite wieder
- Kredite konnten nicht zurückgezahlt werden

4a. Arbeitslosigkeit

Vollbeschäftigung ist erreicht, wenn alle Arbeitssuchenden eine Stelle finden die, ihrer Qualifikation und ihrem Arbeitsplatzwunsch entspricht und mit dem herrschenden Lohnsatz vergütet wird.

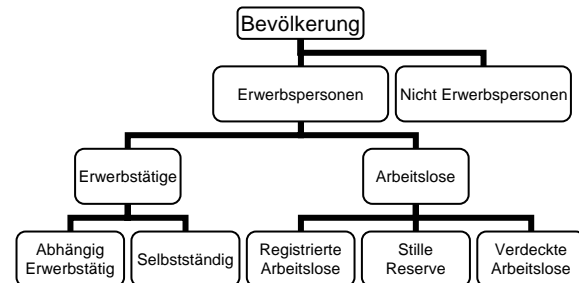
Gründe für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

a) mikroökonomische Kosten, die der Arbeitslose zu tragen hat (Differenz zwischen Lohn und Hilfesatz)

b) makroökonomische Kosten, die von der Allgemeinheit getragen werden (Finanzielle Unterstützung des Arbeitslosen und sinkende Einnahmen durch Steuerausfälle und Konsumverzicht)

Messung der Arbeitslosigkeit

Arbeitslos ist wer: registriert ist, beschäftigungslos ist, sich aktive um einen Arbeitsplatz Bemühung, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht (nicht Krank, oder über 58 ist) und eine zumutbare Arbeit annimmt.



- Strukturelle Arbeitslosigkeit (mismatch)

Anforderung <-> der Qualifikation der Arbeitslosen

Bekämpfung durch

- defensive Maßnahmen (Erhaltungsstrategie)
- offensive Maßnahmen (Gestaltungsstrategie)

- regionale Arbeitslosigkeit

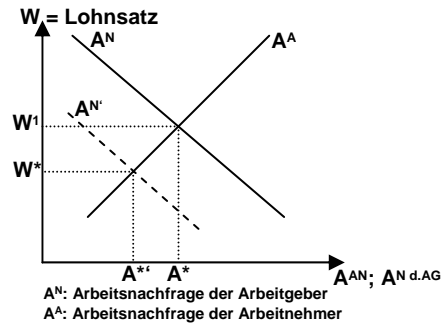
- persönliche Gründe der Arbeitslosigkeit

4b. Arbeitslosigkeit

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Klassische Arbeitslosigkeit (Kostenarbeitslosigkeit)

Aus Sicht der Klassiker gibt es keine dauerhafte Arbeitslosigkeit, wenn die Arbeitslöhne flexibel sind.



Konjunkturelle Arbeitslosigkeit (Nachfrage / Kaufkraftmangel)

Durch mangelnde Nachfrage werden weniger Arbeiter gebraucht.

Zusammensetzung der Arbeitslosenquote:
 8% strukturelle Arbeitslosigkeit
 2% konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit

- Steigerung des Wirtschaftswachstums
- Verringerung der Arbeitszeiten
- Produktivitätssenkungen

Strukturelle Arbeitslosigkeit (mismatch AL)

Es gibt Arbeitslose trotz offener Stellen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit gliedert sich in: sektorale und regionale Arbeitslosigkeit, sowie in Gründen die in der Person des Arbeitnehmers liegen.

Hysterisis-Arbeitslosigkeit (Remanenz-Arbeitslosigkeit)

Nach externen Schocks bleibt immer etwas zurück

Demografische Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitssuchenden erhöht sich bei gleich bleibender Anzahl von Arbeitsplätzen

5. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Unter **außenwirtschaftlichen Gleichgewicht** ist eine ausgeglichene Leistungsbilanz i.e.S. zu verstehen, d.h. die Summen aller Exporte ist weitgehend gleich der Summe der Importe. Eine Abweichung laut IWF ist bis zu 3% des BIP akzeptabel.

Produktionsgleichung: $Y = C + I + Ex - I$
 Einkommensgleichung: $Y = C + \text{Sparen} + \text{Übertragung}$
 Gleichsetzung: $C + S + \text{Üb} = C + I + Ex - \text{Im}$
 $S + \text{Üb} = I + Ex - \text{Im}$
 $S - I = Ex - \text{Im} - \text{Üb}$
 (Leistungsbilanzsaldo)

Die **Zahlungsbilanz** ist die systematische Erfassung aller wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern während eines Jahres. Die Zahlungsbilanz misst Stromgrößen. Durch die doppelte Buchführung ist Sie immer ausgeglichen.

Zahlungsbilanz			
Leistungsbilanz i.w.S. (reale Transaktionen)		Kapitalbilanz i.w.S. (monetäre Transaktionen)	
Leistungsbilanz i.e.S.	Vermögensübertragungsbilanz	Kapitalbilanz i.e.S.	Devisenbilanz der Bundesbank
•Handelsbilanz			
•Dienstleistungsbilanz			
•Bilanz der Erwerbs- und Vermögens-Einkommen			
•Bilanz der laufenden Übertragungen (ohne Gegenleistung)			

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

- Nur eine Währung (€) ggf. noch Unterwährungen
- gemeinsame Notenbank
- ein Zinsniveau

- Kompetenzentzug der Konjunkturbeeinflussung
- keine Zinsänderungen durch nationale Notenbanken
- keine staatliche Wechselkursbeeinflussung
- nur noch Lohnbeeinflussung als letztes Instrument

Pro: kalkulierbare Preise, keine Transaktionskosten
 Contra: kein Puffer für Handelsbilanzdefizite

6. Wechselkurse

Preisnotierung: $W_p = 1,17 \text{ €/}\$$
 → Euroaufwertung → Wechselkurs sinkt

Mengennotierung: $W_m = 0,85 \text{ \$/€}$
 → Euroaufwertung → Wechselkurs steigt

$W_p = 1 / W_m$

Zahlungsbilanz (ZBZ)	
Leistungsbilanz → Güterhandel → Kaufkraftparität (KKPT)	Kapitalbilanz → Finanzströme → Zinsparität (ZPT)

Umsatzsätze am Devisenmarkt bestehen zu ca. 3% aus Warenumsätzen und zu ca. (97%) an Finanzströmen.

Was ist ein richtiger Wechselkurs?

- Annahme:
- Güter sind homogen (Gleichartig)
 - Es gibt keine Transportkosten
 - Es gibt keine Handelshemmnisse
 - unendlich schnelle Reaktionszeit

$P_{\text{Ausland}} = 1,50\$$
 $P_{\text{Inland}} = 1,65\text{€}$

$W = P_a / P_i = 1,5 / 1,65 = 0,91 \text{ \$/€}$
 → Wechselkurs nach Kaufkraft
 → Produkte sind gleich teuer

7. Sonstiges

Stabilitätsgesetz

- Stabilität des Preisniveaus
 - hoher Beschäftigungsgrad
 - außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 - stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum
- Die Bundesregierung legt im Januar jeden Jahre dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor.

Vertrag von Maastricht

Aufgabe der Gemeinschaft ist:

- ausgewogenes Wirtschaftsleben innerhalb der EU
- beständiges, nicht inflationäres und umweltverträgliches Wachstum
- hoher Grad der Konvergenz der Wirtschaftsleistung
- hohes Beschäftigungswachstum
- sozialer Schutz
- Hebung der Lebensqualität
- Zusammenhalt und Solidarität der Mitgliedsstaaten

8. KKP

Die Kaufkraftparitätstheorie (KKP) oder Purchasing Power Parity (PPP) will eine Erklärung für das

„richtige“ Niveau von Wechselkursen liefern. Dabei wird unterstellt, dass die Wechselkurse längerfristig vor allem durch den Handel von Gütern und teilweise auch Dienstleistungen beeinflusst werden.

Die Grundlage dieser Theorie ist das **Gesetz des einheitlichen Preises**. Dieses Gesetz besagt, dass die Preise gleiche Güter in unterschiedlichen Länder nach Umrechnung durch die Wechselkurse gleich hoch sein müssen. Dabei wird allerdings die Existenz von Transportkosten und möglichen Handelshemmnissen vernachlässigt sowie von gleichen Wettbewerbsbedingungen ausgegangen. Wenn diese Gesetz erfüllt ist, herrscht langfristig ein Gleichgewicht auf den Güter und Devisenmärkten.

Zur Beurteilung wird nicht ein Preis genommen sondern ein Warenkorb.

Die absolute (naive) KKP

Wenn der Wechselkurs mengennotiert ist gilt:

$$P_i^{\text{€}} = P_a^{\text{\$}} / W$$

$$W = P_a^{\text{\$}} / P_i^{\text{€}}$$

- Ein Gut kostet 1,50\$ bzw. 1,65€
- Wechselkurs nach KKP: $W = 0,91\$/\text{€}$

Bei Ungleichgewichten wird mehr Importiert oder Exportiert, somit ändert sich der Wechselkurs und das Gleichgewicht tritt wieder ein.

Die relative KKP

Bei der relativen KKP ist die Gültigkeit des Gesetzes des einheitlichen Preises keine Voraussetzung.

Bei der rKKP wird angenommen, dass nicht das Niveau des Wechselkurses sondern deren Entwicklung (Tendenz) durch die unterschiedlichen Inflationsraten im In- und Ausland bestimmt wird.

- $\Delta w = \Delta P_a^{\text{\$}} - \Delta P_i^{\text{€}}$ ($\Delta = \% \text{ Veränderung}$)
- Beträg die Inflation in Euroland 5% und in den USA 3%, so wird gemäß relativen KKP der Wechselkurs um 2 % sinken.

Empirische Überprüfung der Eignung der KKP zur Erklärung und Prognose der Wechselkurse

- Die KKP erklärt den Wechselkurs über die Einflüsse des Warenhandels.
- Es gibt Time-Lags da Im- und Export erst verzögert reagieren
- Bei Hyperinflation steigt der erklärungsgehalt der KKP

Big Mac' geeignet zur Überprüfung der absoluten KKP?

Pro

- Einheitliche Zusammensetzung ist gegeben
- Der Burger selber wird nicht international gehandelt, wohl aber sein Zutaten. Diese könnte man als eine Art Warenkorb sehen.

Contra:

- Unterschiedliche Inputs: Miete, Löhne, Steuern
- Zölle können für Zutaten bestehen
- Unterschiedliche Wettbewerbssituation